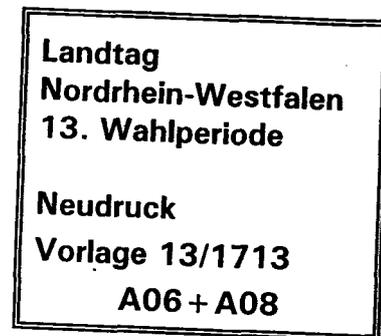


## **Vorlage**

### **der Berichterstatter**

an den Haushalts- und Finanzausschuss



### **Haushaltsgesetz 2003**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 13/2800 und 13/3150

### **Einzelplan 03 - Innenministerium**

Vorlage 13/1603

**Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 03 gemäß 28 Abs. 1 in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 zur Geschäftsordnung des Landtags**

### **Hauptberichterstatter Berichterstatter/in**

Abgeordneter Schittges  
Abgeordneter Groschek SPD  
Abgeordneter Dr. Wolf  
Abgeordnete Müller

CDU  
F.D.P.  
Bündnis 90/Die Grünen

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 03 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

## Anlage

### Ergebnisvermerk über das Berichterstattergespräch zum Einzelplan 03 (Haushaltsgesetz 2003)

#### 1. Teilnehmer/Teilnehmerinnen

|              |            |                    |
|--------------|------------|--------------------|
| Abgeordneter | Schittges  | CDU                |
| Abgeordneter | Groschek   | SPD                |
| MinD         | Huylmans   | IM                 |
| LMR          | Sander     | IM                 |
| MRin         | Lienen     | IM                 |
| MR           | Brungs     | IM                 |
| PD           | Gernandt   | IM                 |
| MRin         | Brohl-Sowa | IM                 |
| MR           | Arians     | IM                 |
| AR           | Friedemann | IM                 |
| MR           | Dahnz      | FM                 |
| RD           | Fröhlecke  | Landtagsverwaltung |

#### 2. Einzelplan 03

##### Allgemeines

Die Ergebnisse der **Steuerschätzung** werden zum 13./14.11.02 erwartet. Die Einarbeitung dieser Ergebnisse in den Haushaltsplanentwurf 2003 erfolgt mit der 2. Ergänzungsvorlage unmittelbar nach der Kabinettsitzung am 24.11.2002. Sollten drastische Einsparungen notwendig werden, kann davon auch der Polizeibereich nicht mehr ausgenommen werden.

Die zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Rahmen der **Sicherheitspakete I und II** insgesamt zur Verfügung zu stellende Summe von 185,8 Mio. € bleibt unberührt. Die ursprüngliche geplante Erhöhung in 2003 von 27,4 Mio. € auf 39,2 Mio. € wird zwar ausgesetzt; der Differenzbetrag von 12,2 Mio. € wird jedoch an das Programmende angehängt.

Die im Kapitel 03 020 ausgewiesene **globale Minderausgabe** in Höhe von 529.100 € macht 10 % der Ansätze für die Aushilfskräfte aus und ist im Haushaltsvollzug 2003 zu erwirtschaften.

#### 3. Sachtitel

|                       |   |  |
|-----------------------|---|--|
| <b>Kapitel 03 030</b> | - | <b>Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b>  |
| <b>Titel 633 20</b>   | - | <b>Kostenpauschalen nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) für ausländische Flüchtlinge im Sinne von § 2 Nr. 1 FlüAG</b> |

Der Mittelansatz wird voraussichtlich reichen. Dem Zugang von 18000 Personen im Jahr 2001 steht ein voraussichtlicher Zugang von 15000 Personen im laufenden Jahr gegenüber. Aufgrund der gegen das Land ergangenen Urteile ist für das kommende Jahr aber noch mit erheblichen Nachzahlungen an Gemeinden zu rechnen.

**Titel 684 20 - Soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen**

Die Kürzung des Ansatzes um 90% auf 192.000 € würde zu einem erheblichen Stellenabbau führen. Die Ansatzreduzierung erfolgte vor dem Hintergrund, dass zur Sicherstellung des Haushaltsausgleichs Kürzungen nur bei rechtlich nicht gebundenen Ausgaben (= freiwillige Leistungen) möglich sind.

**Titel 684 30 - Soziale Betreuung in der Abschiebehafte**

Zur Kürzung des Ansatzes s. o. Erläuterung zu Titel 684 20. Aus fachlicher Sicht ist die Betreuung hingegen dringend geboten, um Eskalationen wie z.B. Zerstörung von Einrichtungsgegenständen, Gewaltbereitschaft gegen Dritte, Hungerstreiks und Suizide zu vermeiden. Die Kosten bei einer Aufgabe oder Reduzierung der Hafthausbetreuung wären ungleich höher als die erhoffte Ersparnis.

Zur Zeit (Stichtag 30.06.02) sind die vorhandenen Plätze mit 544 Personen belegt, darunter 84 Frauen.

**Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen**

**Titel 811 01 - Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen**

Die "leichten Funkstreifenwagen" - z. Z. ca. 2000 Kfz - werden bis März 2004 im Leasingverfahren ersetzt. Die erste Leasingrate von 999 Fahrzeugen konnte die Fa. VW für sich entscheiden. Es handelt sich um den VW Passat mit Sonderausstattung. Die zweite Leasingrate wird 2003 ausgeschrieben. Hierdurch werden gegenüber dem Kauf der Fahrzeuge Einsparungen erwartet. Die Leasingverträge werden für die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen (entspricht auch der Garantiezeit). Die Leasingrate wird pro Fahrzeug mtl. ca. 280 € betragen. Dem ist ein Kaufpreis von je 30000 € gegenüberzustellen. Im - europaweiten - Ausschreibungsverfahren, an dem sich alle namhaften deutschen Hersteller beteiligt haben, hat die Volkswagen AG das beste Angebot abgegeben. Alle Bieter haben die Kriterien des Leistungsverzeichnisses (das mit dem Hauptpersonalrat der Polizei abgestimmte war) erfüllt.

Mit dem erstmaligen Versuch des Erwerbs im Leasingverfahren sollen auch Erfahrungen über Folgekosten und Risiken gesammelt werden.

Daneben gibt es ca. 8000 andere Dienstfahrzeuge einschließlich denjenigen, die der Bund für 12 von 18 Hundertschaften in NRW bereitstellt.

Ferner wird derzeit die Wirtschaftlichkeit der eigenen Werkstätten überprüft. Ein Ergebnis wird in der zweiten Jahreshälfte 2003 erwartet.

**Titel 514 02 - Dienst- und Schutzkleidung**

Es ist davon auszugehen, dass im Herbst 2003 jeder Polizeivollzugsbedienstete der Zielgruppe im Besitz seiner (angepaßten) Weste sein wird. Bisher wurden 24802 Schutzwesten ausgeliefert. Benötigt werden bis zu 33000, damit Reserven z.B. für Beamte beim Wechsel in eine andere Funktion vorhanden sind. Die Reklamationen liegen bei ca. 4 %.

Die übrigen Bekleidungsstücke werden in den Polizeibekleidungscentren Brühl und Bork (mit Außenstelle in Detmold) ausgegeben. Diese Neuorganisation wird durch den Aufbau einer neuen Logistik begleitet. Bestellungen sollen bald auch über das Intranet möglich sein. Das neue System könnte auch zu einem kostenbewussteren Beschaffungsverhalten führen.

Aus dem bundesweiten Bekleidungsstandard wird voraussichtlich nur Hamburg (mit der Einführung einer blauen Uniform) ausscheren.

**Titel 812 60 - Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen**

Der Versuch BOS-Digitalfunk in Aachen endet Mitte des Jahres 2003. Die Notwendigkeit der bundesweiten Einführung dieser Technik mit vielen Vorteilen (abhörsicher, keine Funklöcher, beste Sprachqualität, Datenübertragung) ergibt sich u.a. aus der Tatsache, dass es ab 2005 nur noch eine Herstellerfirma für analogen BOS-Geräte gibt und dieser Technik mehr als dreißig Jahre alt ist. Für den Aufbau dieser bundesweit notwendigen Infrastruktur wird mit Kosten in Höhe von 1,5 Milliarden € und jährlichen bundesweiten Betriebskosten bis zu 150 Millionen € gerechnet. Für die Beschaffung der Endgeräte sind für die Polizei NRW Kosten in Höhe von 30 Millionen € anzusetzen. Der Landeshaushalt wird allein für die Ausstattung der Polizei des Regierungsbezirks Köln voraussichtlich mit 25 Millionen € belastet werden.

**Kapitel 03 710 - Feuerschutz und Hilfeleistung**

**Titel 883 00 - Landeszuschüsse an Gemeinden (GV) zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung**

Der Mittelansatz liegt mit 39,4 Mio. € knapp 1 Mio € über dem Ansatz des Vorjahres. Die Kommunen können diese Mittel neben investiven Maßnahmen auch für Miete und Leasing einsetzen (Haushaltsvermerk Nr. 4). Wünschenswert wäre eine Lösung, die die Gemeinden in die Lage versetzt, jährlich mit Zuwendungen in einer festen Größe rechnen zu können.

Die bisher projektbezogene Förderung im Feuerschutz wurde im Haushaltsjahr 2002 auf eine fachbezogene Investitionspauschale umgestellt. Einzelzuweisungen für neue Projektförderungen finden daher insoweit nicht mehr statt, so dass auch ein Überblick über die unabdingbar notwendigen Maßnahmen der Kommunen nicht vorliegt. Die Höhe der Pauschale hängt im Wesentlichen von der Entwicklung des Aufkommens aus der Feuerschutzsteuer und davon ab, welche Maßnahmen im Übrigen aus der Feuerschutzsteuer (z.B. das Institut der Feuerwehr) finanziert werden.

Michael Groschek  
(Berichtersteller)

Winfried Schittges  
(Hauptberichtersteller)